

# Dresdner Volkszeitung

Vollschleife: Dresden  
Nr. 1266, Aden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Berlin: 60 Pf. Einzelhandel,  
Dresden: 50 Pf. Arbeiters. Wags.  
Stellen u. Beamten: 40 Pf. Dresden,  
Gebrüder Ernhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umtshauptmannschaft Dresden

Bei Übersicht von Sitzungen kann jederzeit eine Urkunde durch einen wahllos gewählten Gewerberat, der den Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Aufschluss auf Rücksichtnahme des Verwaltungsrates über auf Nachleistung der Zeitung

Abonnementpreis seit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Schenken“ sowie der illustrierten Wochenendzeitung „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M. einzahlt. 45 M. Abrechnung (Drei Mal „Sonntag“) 2,40 M. einzahlt. 45 M. Abrechnung (Drei Mal „Sonntag“) 2,40 M. zusätzliche Volks- und Aufstellungsgebühren.

Schriftleitung: Berliner Platz 10, Bernhardstr. 10, 25201, Sachsen-Anhalt nur montags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Berliner Platz 10, Bernhardstr. 10, 25201 u. 12707,  
Veröffentlichung von 10 bis 5 Uhr nachmittags  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Auslagenpreise: Die 10 mm breite Kompare-Kugelzelle 20 Pf., die 90 mm breite Kugelzelle 2 M., für auswärtig 40 Pf. u. 2,00 M., abgänglich Preisbindung laut Tarif. Familienangebote, Stellen- u. Werbung 20 Pf. netto, für Briefsiedler 10 Pf. Einsicht, 10 Pf.

Nr. 269

Dresden, Donnerstag, den 17. November 1932

43. Jahrgang

## Papen am Ende

### Die Absagen der SPD., des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei - Vor der Entscheidung Hindenburgs - Generalstreikgerüchte

Berlin, 17. November. (Eigener Funks.) Der Sozialdienst berichtet: Der Reichskanzler hat am Mittwoch die Besprechungen über die Möglichkeit zur Bildung einer „nationalen Konzentration“ fortgesetzt. Das Ende war völlig negativ. Der Abgelede der Sozialdemokratie, die wegen ihrer Art und ihres Inhalts überall wie eine Sensation gewirkt hat, folgte am Mittwoch eine Absage der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei. Unter dem Eindruck dieser Niederlagen am laufenden Bande hat Herr von Papen die für das Wochenende geplante Reise nach Süddeutschland abgesagt. Es wird damit gezeigt, dass er dem Reichspräsidenten heute seinen Rücktritt oder die Gesamtdemission der Baronsregierung anbietet. Welche Entscheidung der Reichspräsident tatsächlich treffen wird, ist im Augenblick noch ungewiss.

Die Besprechungen des Herrn von Papen begannen am Mittwoch mit dem Empfang des Zentrumsführer Kossack und so st. In dieser Unterredung erklärte Kossack, dass die Zentrumspartei eine „nationale Konzentration“ nicht nur wünscht, sondern auch alles tun werde, um sie zustande zu bringen. Aus sei das Zentrum aus persönlichen und sozialen Gründen unter keinen Umständen geneigt, seine Zustimmung dazu zu geben, dass Herr von Papen die Führung dieser „nationalen Konzentration“ übernehme. Er schlägt deshalb dem Reichspräsident vor, dem Reichspräsidenten durch einen freiwilligen Entschluss die Möglichkeit zur Bildung einer Regierung auf der breitesten Basis zu geben. Über diese Entscheidung der Zentrumspartei schien Herr von Papen außerordentlich überrascht. Nach kaum 20 Minuten war die Unterredung beendet. Sie fand ihren Abschluss mit der Überreichung einer schriftlichen Darlegung über die Auffassung der Zentrumspartei von der gegenwärtigen Lage. Auf diese Weise will das Zentrum solche Ausführungen über den Krieg verhindern.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, lebte Herrn von Papen als Führer einer „nationalen Konzentration“ ebenfalls ab. Auch er hinterließ in der Reichskanzlei eine schriftliche Erklärung über den Standpunkt der Bayerischen Volkspartei zur gegenwärtigen politischen Lage. Am Anschluss an Schäffer wurde der Volksparteier Dingeldey empfangen. Er sagte für seine 11 Konservative Fraktion unter gewissen Voraussetzungen die Klarheit zu.

Im Laufe des heutigen Vormittags wird das Reichskabinett zusammenkommen, um sich mit dem Verlauf der Besprechungen zu beschäftigen. Im Anschluss an die Kabinettssitzung wird Herr von Papen dem Reichspräsidenten über seine Zustimmung von der gegenwärtigen Lage unterrichten.

Welche Entscheidung Hindenburg schließlich treffen

wird, ist vorläufig noch offen. Vielleicht nimmt er das Rücktrittsgesuch des Herrn von Papen sofort an. Wahrscheinlich aber ist, dass er die Annahme verschiebt und zunächst mit den großen Parteien persönliche Führung nimmt, um Feststellungen darüber zu treffen, ob überhaupt eine Regierung mit parlamentarischer Rückendeckung möglich ist und auf welcher Basis.

Von deutschnationaler Seite wird selbstverständlich alles getan, um eine andere Regierungskonstellation zu verhindern.

Schließlich ist das Kabinett der Papen-Barone eine deutchnationale Regierung, die man möglichst hofft. Es kommt hinzu, dass Zentrum und Nationalsozialisten die Deutschnationalen als Partei aus einer künftigen Regierungskonstellation auszuhalten und die parlamentarische Rückendeckung einer neuen Regierung durch eine Verständigung mit den kleinen Splittergruppen ermöglichen möchten. In dieser Hinsicht liegen natürlich irgendwelche Beschlüsse noch nicht vor, aber insbesondere beim Zentrum ist die Tendenz deutlich erkennbar, möglichst unter Ausschaltung von Papen eine neue Regierung auf die Beine zu stellen. Man denkt sich auch die Regierung als „Präsidialkabinett“, das vom Reichstag unabhängig ist. Sicher aber über die Grundzüge der inneren und äußeren Politik mit den großen Parteien verständigt und diese Politik unter Vermeidung innerer Konflikte vor allem ohne Antastung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches durchführt. Zumindest soviel ist möglich, dürfen die nächsten 48 Stunden zeigen. Die Entscheidung ist auch insofern dringend, als sich die deutsche Arbeiterbewegung den Papen-Kurs nicht länger gefallen lassen wird. In Berlin gingen am Mittwoch Gerüchte um, dass die freien Gewerkschaften und die republikanischen Parteien

auf den Papen-Kurs noch in diesen Tagen mit einem Generalstreik antworten

würden. Wie gesagt, handelt es sich hier um Gerüchte. Zumindest sollen sich die verantwortlichen Stellen darüber im klaren sein, dass sich auf die Dauer kein 60-Millionen-Volk von einer kleinen Elitaire so behandeln lassen wird, wie es diesen 60 Millionen in den letzten Monaten zugetraut worden ist. Doch in dieser Hinsicht in den letzten Tagen bestimmte Versprechungen geführt worden sind, ist nicht zu bestreiten.

In der Berliner Morgenpost, die heute wegen des gestrigen Bruttages nur zu einem kleinen Teil erschienen ist, wird Papen bereits verabschiedet. So stellt das Berliner Tageblatt fest: „Papen am Ende“, während die Volkszeitung in einer zweiblättrigen Nebenchrift registriert: „Papen bietet Rücktritt an“.

### SPD. lehnt Verhandlungen ab

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichskanzlei nicht zu folgen. Die SPD hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

„Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflistung des Reichstags das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Abstimmungen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, Verhandlungen zu führen, sie verpflichtet ihn

zum Rücktritt.“

Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die rechtmäßige Regierung bewiesen, über die Verhandlungen und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinwegsezt, wie er durch sein Verhältnis im Amt das Urteil des Volkes missachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpt und diejenigen, die sich seiner Politik entgegensestellten, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspartner für die sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die sozialdemokratische Partei erhält in dem Reichskanzler Bayens den Schwamm eines einzigen Mandanten, der sich in rückwärtiger Weise an die eigenen Klasse

interessiert nicht scheint, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Offenheit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Scheitern des Boden des Reichs weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erörterte verbrecherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluss der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommene Verfassung auf verfassungswidrigem Wege abzuändern, und fordert den Rücktritt dieser Regierung.“

### Hitlers Volksauspeitscher gefasst

B. München, 17. November. (Eig. Funks.) Die vier Leibwaffenfeuer Hitlers wurden vom Schnellgericht erlangt wegen Wasserschmähs und Körperverletzung zu insgesamt 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einer Peitsche durch den Obertribunal hatten sie ohne jeden Anlass auf Strafendanklanten mit Hundekettchen geschlagen. Nur einem der Wagen wurde auch geschlossen. Nur einer der drei Wagen konnte von einem Gericht am gehalten und durchsucht werden. Es wurden neben drei Hundekettchen auch zwei Taschengeräte gefasst.

### Weltumfassender Irreführung

Was jeder wissen muss

Von Hans Winter

Siebzig Völker der Erde verbrauchen für Kriegsrüstungen — wie eine französische Statistik feststellt — jedes Jahr 103 Milliarden und 918 Millionen Frank. Mit 18 Milliarden Frank steht Frankreich selbst neben Amerika an erster Stelle. Gleich hinterher folgt England, und auch Sovjetrußland will in nichts zurückstehen. Aber selbst die kleinste Länder geben sich alle Mühe, um nach Möglichkeit mit den Großen zu konkurrieren. Man gibt für Rüstungen jetzt also bedeutend mehr aus als bis zum Jahre 1914, obwohl die Schrecknisse des Weltkrieges nach im Gedächtnis aller sind und an den wirtschaftlichen Folgen die Welt noch lange Jahre zu leiden haben wird.

Ist es da nicht angebracht, von einem Irreführung zu reden? Welchen Segen könnten diese zu verbrecherischen Zwecken verpulverten Milliarden den notleidenden und darbenden Völkern spenden? Welche Ausgaben würden sich für die Waffenauflösung für die Volksgefundenheit und überhaupt für die Wohlfahrt und für das Glück der Menschen ergeben?

Immerhin, die Aussagen für den aufkämpfenden Krieg, auf dem sich alle siebzig Völker der Erde so eifrig vorbereiten, sind ja kaum der Rede wert im Vergleich mit dem Unglück, das der Krieg selbst mit sich bringt wird. Nach den überwiegend einstimmigen Urteilen der internationalen Sachverständigen erscheinen die Grenzen des letzten Weltkrieges wie ein Spiel, falls man sie mit denjenigen des kommenden Krieges vergleicht. Es wird ein Krieg der Völkervernichtung, des Unterganges ganzer Kulturen und Großteile, blühende Länder und Städte werden in Wüsten verwandelt.

Den größten Gefahren sind im kommenden Kriege nicht die Heere ausgesetzt, sondern die friedlichen Bürger in dichtbevölkerten Zentren. Die bewaffneten Kräfte treten erst an die zweite Stelle. Es wird einfach unmöglich sein, die feindlichen Armeen zu vernichten, sondern vor allem die Flugzeugfabriken, Werften, Lebensmittelwerke, die Eisen- und die Handelsflotten und die chemischen Betriebe.

Die modernen Kriegsflugzeuge, die 200 Kilometer in der Stunde zurücklegen und je 100 Tonnen Explosivstoffe mitführen, können ganz unabsehbare Verstümmelungen anrichten. Die Spezialisten meinen, dass ein neuerliches Geschoss rund 2000 Kilogramm (40 Tonnen) wiegt und einen normalen Menschen an Größe dreimal übertreffe. Solch ein Monstrum bohrt den größten Schlachtkreuzer innerhalb weniger Sekunden auf den Meeres-

### Sozialistischer Wahlsieg Die Entscheidung des dänischen Volkes

N. Kopenhagen, 17. November. (Eig. Funkrund.) Die am Mittwoch in Dänemark durchgeführten Wahlen zum Folketing (Reichstag) brachten der Regierung Stalnring und der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Mit 76 von 149 Mandaten besitzt die Regierung im Folketing die Mehrheit.

Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmen um fast 70 000 steigern. Im November 1929 erhielt sie 596 000 Stimmen gegen 561 000 bei der jetzigen Wahl. Statt bisher 61 wird sie im neuen Folketing 62 Mandate besitzen. Die Konservativen erhielten 289 000 Stimmen gegen 234 000 im Jahre 1929. Die Bauernlinke ging von 405 000 auf 375 000 Stimmen zurück, die Radikale Linke von 151 000 auf 145 000.

Die sozialdemokratische Regierung, deren Haupaufgabe der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist, hatte dem Folketing ein wahhaft soziales Arbeitsprogramm vorgelegt. Dagegen aber wandten sich die bürgerlichen Parteien und deshalb wurde die höchste Entscheidung des Volkes angerufen. Sie ist gefallen — und zwar zugunsten der Sozialdemokratie,